

Entspannung rund um die Unterkunft

Maßnahmen tragen zur Verbesserung in Lessiner Gemeinschaftsunterbringung bei

VON HILKE BENTES

Ehra-Lessien – Gespräche zwischen Gemeinde und Landkreis, die Entwicklung einer Arbeitsgruppe und auch die Entspannung bei den Belegungszahlen in der Gemeinschaftsunterkunft Ehra-Lessien sorgen dafür, dass sich die Wogen um die Flüchtlingsunterbringung glätten. Noch immer sind für die Betroffenen aus Ehra-Lessien nicht alle Fragen geklärt, aber bei der Ratssitzung am Mittwochabend berichtete Bürgermeister Jörg Böse (CDU) über Fortschritte.

Das sind gute Nachrichten, die für eine abklingende Spannung in Lessien sprechen. Bekanntlich hatte sich die Lage bei manchen Bürgern bezüglich der Unterbringung zugespielt. Es ging um überfüllte Busse, teils aggressives Verhalten von Kindern aus dem Camp an den Haltestellen, die Vermüllung der Platzstraße sowie die Gefährdung der Verkehrssicherheit. Zusammen mit der Fördervereinsvorsitzenden Jenny Reissig und Mitarbeitern des Landkreises gab es nun ein konstruktives Gespräch, wie Böse dem Ratsrund berichtete. „Dabei haben wir gemeinsam noch einmal einige festgelegt und angesprochen.“



Die Wogen um die Flüchtlingsunterkunft in Lessien haben sich in der Gemeinde geglättet – aber noch nicht alle Fragen sind vom Tisch.

ARCHIVFOTO: BENTES

chen.“

Einige Maßnahmen vom Landkreis zeigen Wirkung: Die neu eingesetzte Buslinie würde dazu führen, dass gerade morgens weniger Kinder zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind, um die nächste Haltestelle im Ort zu erreichen. Gerade in der Dunkelheit sei das ein großer Gefahrenpunkt – auch, weil

Fahrräder oft nicht ordnungsgemäß beleuchtet sind. In puncto Kontrollen habe auch die Polizei vermehrt Präsenz gezeigt. Radfahrer kontrolliert und Gespräche geführt, erklärte der Bürgermeister. So mancher Bewohner der Unterkunft habe die Regeln zwar noch immer nicht verinnerlicht – aber die Tendenz bewege sich in eine positive

Richtung. „Fehlendes Licht ist trotzdem weiterhin ein Punkt, auf den geachtet werden muss“, sagte Böse. Anwohner würden immer wieder auf dieses Thema drängen. Auch die vom Kreis bereits initiierten Müllsammelaktionen kamen in der Gemeinde gut an. „Aber das kann erst der Anfang sein, eine gewisse Regelmäßigkeit

würden wir uns da wünschen.“

Auch das erste Treffen einer Arbeitsgruppe steht Ende November bevor. Vertreter des Landkreises, einige Bürger und die Gemeinde wollen sich zusammensetzen. Wenn betroffene Bürger dazu weitere Informationen haben möchten, können sie sich direkt bei der Verwaltung mel-

den. Es gibt aber noch Dinge, die für Böse ausstehen; Kontrollen in den Bussen, die stärkere Nutzung von Gelenkbussen und Sicherheitsmaßnahmen an der Platzstraße. Dabei denkt er an Absperrungen für Fußgänger durch Poller oder ähnliche Maßnahmen. Anfang des Jahres, zur nächsten Ratssitzung, habe sich Landrat Tobias Heilmann erneut angekündigt, um Politik und Einwohnern weitere Ergebnisse zu präsentieren, so Böse.

Auch aktuelle Zahlen habe man ihm zukommen lassen: Derzeit würden 203 Asylbewerber in der Unterkunft leben, dazu kommen 56 Geflüchtete aus der Ukraine. „Die angekündigte Verteilung läuft, wie man daran sieht.“ Auch die sinkenden Bewohnerzahlen würden natürlich für Entspannung im Ort sorgen. Dass aber weitere Menschen nach Niedersachsen und damit auch in den Landkreis zugewiesen werden, das werde entsprechend erwartet.

Benjamin Rieke (CDU) konnte die positive Entwicklung bestätigen. „Ich finde gut, dass derzeit etwas passiert, man merkt es.“ Insgesamt zeigte sich der gesamte Rat mit der Entwicklung recht zufrieden.

Säuglingssimulatoren halten Schüler auf Trab

Spannende Projekttag an der Realschule Rühren liegen hinter acht Jungen und Mädchen

Rühren – Kürzlich nahmen acht Schüler der zehnten Klassen der Realschule am Drömling-Rühren-Projekt „Ready? – For Life!“ teil. Gefördert wurde es vom Kinderschutzbund Gifhorn. Das Projekt ist ein fester Bestandteil des Profilsfachs Gesundheit und Soziales und jährt sich bereits zum zehnten Mal.

Die jungen „Mütter“ und „Väter“ waren sehr gespannt – und vor der „Geburt“ stieg der Puls rasant an. Kaum auf der Welt, wurde ihr Neugeborenes gewogen, gemessen und bekam eine Geburtsur-



Eine Woche lang hatten acht Schüler der Realschule Rühren ein „Baby auf Probe“.

FOTO: PRIVAT

kunde. Ab diesem Zeitpunkt waren die Schüler für vier Ta-

ge und Nächte für die Versorgung des Babys verantwort-

lich.

„Die Kleinen möchten gestillt werden, die Windel muss gewechselt werden, manchmal benötigen sie Aufmerksamkeit oder müssen ein Bäuerchen machen“, erklärte Julia Laux vom Kinderschutzbund Gifhorn, die von ihrer Kollegin Susanne Emmermann und Lucas Gebauer, einem Sozialpädagogen im Anerkennungsjahr, unterstützt wurde. Wie gut sich die Schüler um ihr Kind kümmern, wurde von einem Chip aufgezeichnet. Am Ende der Woche gab es dann die

Auswertung.

Während der Woche hatten die Schüler über Erziehungsfragen, Stress in der Partnerschaft oder Alkohol in der Schwangerschaft gesprochen. Dabei kamen sie auch mit jungen Müttern aus der benachbarten Kindertagesstätte Pfiffikus ins Gespräch. Auch der Besuch einer Wolfenburger Beratungsstelle stand an.

Besonders stressig wurde der Alltag, wenn ihr Kind genau dann eine Versorgung verlangte, wenn sie ihre Gruppenergebnisse vorstel-

len sollten, sie imullen Bus standen oder die Nacht über mehrmals aufstehen mussten. „Das Schlimmste war das Nörgeln und dass man nicht wusste, wann es wieder aufhört“, äußerten gleich mehrere Teilnehmer. „Auch stressige Situationen sind ein Bestandteil des Projekts und tragen zur Sensibilisierung“, so die betreuende Lehrkraft Susanne Steinort. Natürlich gab es auch viele positive Erfahrungen, trotzdem waren die Teilnehmer froh, ihr Kind am Freitagmittag wieder abgeben zu können.

Auf welche Dächer sollen Photovoltaikanlagen?

Samtgemeinde Brome: Experte gibt Politikern hilfreiche Anregungen in Sachen Speicher und Einspeisung

Samtgemeinde Brome – Auf der neuen Kindertagesstätte in Rühren ist eine Photovoltaik-Anlage bereits montiert, auf dem Anbau der Bromer Kita wird auch eine folgen. Für die Grünen reichen diese Maßnahmen rund um die Samtgemeinde Brome aber noch nicht aus – in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Bau diskutierte die Politik nun weitere Möglichkeiten. Ein Experte aus Wolfsburg stand dabei für Fragen rund um Einspeisungsvergütung, Potenziale und Zukunftsaussichten zur Verfügung.

Grünen-Fraktionsvorsitzender Frank-Markus Warnecke hatte bei der Sitzung noch einmal den Antrag erläutert. Er verwies auf die große Bedeutung von erneuerbaren Energien im Kampf gegen den Klimawandel. Die Untersuchung, welche weiteren Flächen sich für die In-

stallation von PV eigne, müsse aus Grünen-Sicht daher zwingend vorangetrieben werden. Es gebe rund 20000 Quadratmeter Dachfläche, die in unterschiedlicher Weise zur Verfügung stehen könnten. „Wir müssen einfach mal anfangen.“ Vergleiche man andere Gebietseinheiten, so hinke die Samtgemeinde mit der genutzten PV-Fläche auf eigenen Liegenschaften hinterher.

Die Diskussion ist in der Samtgemeinde nicht neu, das sagte auch Lothar Hilmer (FWG). Er ging mit den Antrag auch überein, aber die „schwarze Null muss da am Ende schon stehen“. Wenn es auf unberechenbare finanzielle Belastungen hinausläufe, so könne er das nicht mittragen. PV-Experte Dennis Sie aus Wolfsburg gab bei der Diskussion hilfreiche Tipps und Einblicke in sinnvolle Größenvolumen. Er tendiere



Auf der Kita in Rühren gibt es bereits eine Photovoltaikanlage. Auch weitere Liegenschaften könnten bald geprüft werden.

FOTO: ARCHIV

stets dazu, nicht „blind auf jedes Dach eine Photovoltaik zu stellen“. Auch der bürokratische Aufwand würde sich mit Blick auf große Flächen stark vergrößern. Man müsse auch den möglichen Verbrauch berücksichtigen: Auf Kitas und Schulen gebe es einen entsprechend hohen Eigenverbrauch, das eigne sich in der Regel sehr gut. Es gebe aber ab 2023 auch die

Chance auf eine Volleinspeisung, da liege auch die Vergütung zumindest nicht mehr bei knapp 7 Cent. Er sprach auch über mögliche Pufferspeicher oder die Frage, was die unterschiedlichen Modelle für wirtschaftliche Auswirkungen hätten.

Ausschussvorsitzender Hermann Jordan (PUL) verwies auf sein Problem: „Wir haben mit Blick auf die Kos-

ten eine hohe Verantwortung, die wir rechtfertigen müssen.“ Daher müsse man wohl jede Liegenschaft genau prüfen, ob PV Sinn mache. Andrea Tietge als Fachbereichsleiterin Bau merkte bei der Diskussion an, dass mögliche Förderprogramme stets derart überzeichnet wären, dass es die Sache weiter verkompliziere. Darauf könne man also nur unzureichend

setzen.

Für Karl-Heinz Wegner (CDU) stellte sich die Frage, wie viel Flächen denn tatsächlich geeignet wären. Liegenschaften wie Kapellen oder Feuerwehrhäuser seien alleine durch den geringen eigenen Stromverbrauch unattraktiver. Auch er verwies darauf, dass solche Projekte nicht unwirtschaftlich sein dürften. „Da wo viel los ist, machen PV-Anlagen natürlich Sinn.“ Warnecke konnte all diese Argumente verstehen, „aber anfangen müssen wir trotzdem“. Dem Empfehlungsvorschlag, dass die Samtgemeinde ein Unternehmen zur Eignungsprüfung der jeweiligen Liegenschaften beauftragen soll, schlossen sich alle Ausschussmitglieder an.

Das Ganze soll ab dem kommenden Jahr passieren. Dann wolle man weiter planen.

hib